

SCHWEINEGRIPPE

Vorzugsbehandlung im Bundestag

Bundestagsabgeordnete und ihre Mitarbeiter sollen bei der Massenimpfung gegen die Schweinegrippe bevorzugt behandelt werden. Bereits in der nächsten Woche will die Bundestagsverwaltung eine Impfstelle für Parlamentarier im Reichstagsgebäude, Zimmer EN 031, eröffnen. Die Beschäftigten der Abgeordneten wiederum wurden per Hausmitteilung aufgefordert, sich werktags zwischen 9 Uhr und 13 Uhr im Sanitätsraum des nahe gelegenen Paul-Löbe-Hauses einzufinden. Das Angebot der Bundestagsverwaltung steht im scharfen Kontrast zu den Maßhalteappellen, die der neue Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler an die Bevölkerung richtet. Der FDP-Politiker hatte erst am vergangenen Mittwoch verkündet, dass zuerst medizinisches Fachpersonal sowie Risikogruppen wie chronisch Kranke an die Reihe kommen sollen: „Wichtig ist, dass jetzt nicht jeder sofort zu den Impfstellen rennt“, so Rösler. Weil die Produktion des Impfstoffs nur schleppend in Gang kommt, könne bis zum Jahresende voraussichtlich nur etwa jeder vierte Bundesbürger geschützt werden. Tatsäch-

lich klagt sogar das für den Katastrophenschutz zuständige Innenministerium darüber, dass es bei weitem nicht genug Impfdosen gibt. Für die geplante Impfkation

im Reichstag hingegen gibt es offenbar keine Versorgungsprobleme. Die Impfung sei grundsätzlich „allen Personen“ empfohlen, heißt es in der Hausmitteilung.



H1N1-Virus, Abgeordnete im Plenarsaal des Bundestags

VERTRIEBENE

Steinbach provoziert Koalitionskrise

Wegen des Streits über die Besetzung des Beirats für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ droht der schwarz-gelben Koalition eine ernsthafte Belastungsprobe. CSU-Chef Horst Seehofer warnte Kanzlerin Angela Merkel eindringlich davor, der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, den Weg in den Stiftungsrat zu versperren. „Sollte der BdV Erika Steinbach nominieren, dann



Steinbach, Seehofer

erwarte ich auch von der CDU, dass sie diese Entscheidung ohne Wenn und Aber unterstützt“, sagte der bayerische Ministerpräsident. Der BdV will am kommenden Dienstag seinen Kandidaten für den vakanten Posten im Stiftungsrat nominieren. Steinbach hat schon erkennen lassen, dass sie das Amt für

sich beansprucht. Die letzte Entscheidung über die Besetzung liegt aber beim Bundeskabinett. Außenminister Guido Westerwelle hat ein Veto gegen Steinbach angekündigt (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 26). Seehofer sagte, ein Nein des FDP-Chefs zu Steinbach wäre „ein Fall für den Koalitionsausschuss und eine Belastung für die Berliner Koalition“.

WINNENDEN

Grundsätzliche Klärung

Der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger will im Strafverfahren gegen den Vater des Amokschützen Tim K. wegen fahrlässiger Tötung offenbar eine grundsätzliche Rechtsfrage klären lassen: Kann ein Waffenbesitzer, der seine Waffe nicht ordnungsgemäß aufbewahrt, strafrechtlich für alles verantwortlich gemacht werden, was missbräuchlich mit dieser Waffe geschieht, ohne dass ihm weiteres Fehlverhalten nachgewiesen werden müsste? Tim K. hatte mit der nicht weggeschlossenen Waffe seines Vaters 15 Menschen und sich selbst getötet. Zudem hat Pflieger die ihm untergeordnete Staatsanwaltschaft Stuttgart aufgefordert, ausnahmsweise Anklage beim Landgericht zu erheben – damit könnte die Frage vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe in der Revision grundsätzlich geklärt werden. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte ursprünglich geplant, nur einen Strafbefehl zu beantragen, der auf ein Jahr Freiheitsstrafe zur Bewährung lauten sollte. Die Verteidiger des Vaters von Tim K. wären offenbar bereit gewesen, das zu akzeptieren. Pflieger selbst wollte dazu keine Stellung nehmen, solange die Abschlusssverfügung noch nicht formuliert sei. Der Vorgang sei aber ein normales „Internum“ im Zuge der Dienstaufsicht und „mit Sicherheit keine politische Entscheidung“.



Tatwaffe